

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AFRIKA AUF DER SUCHE

Mehr als anderthalb Jahrzehnte sind vergangen, seit im Laufe des Jahres 1960 die meisten Staaten Schwarzafrikas die Unabhängigkeit erhielten. Ein neuer Faktor etablierte sich im Kalkül der internationalen Politik, ein neuer grosser Gegensatz tat sich auf, jener zwischen der industrialisierten Welt des Nordens und den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern des Südens, neue gefährliche Spannungen mit all ihren unkalkulierbaren Risiken zeichneten sich ab.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, diese neue, «dritte» Welt zu organisieren, zunächst in der Mammutvereinigung jener blockfreien Staaten, die sich erstmals 1955 im «Geist von Bandung» gefunden hatten und deren Zahl in den sechziger Jahren stark answoll. In beschränkterem Rahmen taten dies auch

die afrikanischen Staaten in der OAU mit dem Ziel, eine gemeinsame Linie zu finden, nach der sich ihre Politik ausrichten sollte.

Die Praxis hat jedoch rasch gezeigt, wie schwer es ist, einen solchen Nenner zu finden. Die Anklagen gegen Diskrimination und Kolonialismus verloren immer mehr an Resonanz, je grösser die Zahl der in die Souveränität entlassenen Staaten wurde. Portugal, Südafrika und Rhodesien blieben während langer Zeit die wesentlichen Ziele gemeinsamer Kritik, auf die man sich in wortreichen Deklamationen einigen konnte. Nun bröckelt mit der Auflösung des portugiesischen Kolonialreiches und einer differenzierteren Politik gegenüber Südafrika und Rhodesien auch diese Front ab. Zurück bleibt eine diffuse Staaten-

Sehr verehrte Leserinnen und Leser

Seit 10 Jahren sind die Abonnements- und Einzelverkaufspreise der «Schweizer Monatshefte» auf dem gleichen Stand geblieben. Die seither eingetretene Teuerung zwingt uns leider, die Preise anzupassen. Ab 1. Oktober 1975 wird das Jahresabonnement Fr. 40.– (für Studenten unverändert Fr. 24.–), das Einzelheft Fr. 4.– kosten. Auch so bleiben die «Schweizer Monatshefte» vergleichsweise preiswert. Selbstverständlich ist es uns weiterhin eine Verpflichtung, Ihnen eine Zeitschrift von Niveau und klarer Ausrichtung zu bieten.

Für Ihr Verständnis und Ihre Treue zu den «Schweizer Monatsheften» danken wir Ihnen.

Gesellschaft Schweizer Monatshefte

gruppe, deren einzelne Glieder in altvertrautem *sacro egoismo* die eigenen nationalen Ziele verfolgen, deren Außenpolitik labil und deren innere Situation schwankend und von der Suche nach neuen Formen der Autorität geprägt ist.

Diese verworrene Lage auf dem afrikanischen Kontinent manifestierte sich dieser Tage in unüberbietbarer Deutlichkeit auf der jüngsten OAU-Gipfelkonferenz in Kampala. Schon der Kongressort, die Hauptstadt des von Idi Amin beherrschten Uganda, war der Anlass zu Protesten: zahlreiche Staatsoberhäupter, voran Julius Nyerere aus Tansania, weigerten sich, dem durch seine blutigen Clownerien die Sache Afrikas diskreditierenden Amin die Reverenz zu erweisen; ihre Delegationen blieben der Konferenz überhaupt fern, oder es wurden Vertreter der zweiten Garnitur nach Kampala entsandt.

Aber auch in sachlicher Hinsicht war kaum eine Übereinstimmung zu erzielen. Die drängenden Probleme wie wirtschaftliche Kooperation oder Stellungnahme zu den Ereignissen in Angola wurden dilatorisch behandelt; selbst in der Frage Israel kam es zu keinem Konsens. Die ökonomischen Interessen der Länder Schwarzafrikas kollidierten mit der arabischen Erdölpolitik; die Kluft zwischen den Staaten nördlich und südlich der Sahara öffnete sich einmal mehr breit und tief.

So erschöpfte sich denn schliesslich

das Resultat der Konferenz in Nebensächlichkeiten und Selbstverständlichkeiten. Es mutet geradezu symbolisch an, dass die Anwesenheit Präsident Gowons in Kampala zuhause in Nigeria dazu benützt wurde, um den Staatschef zu stürzen und eine neue Regierung einzusetzen. Für den wirtschaftlich starken, volkreichsten afrikanischen Staat eröffnen sich damit ungewisse Zukunftsperspektiven. Ein altes Militärregime ist durch ein neues ersetzt worden, eine Lösung der drängenden Probleme – gerechtere und sinnvollere Verteilung der natürlichen Reichtümer, Kampf der Korruption, Überwindung der Inflation – zeichnet sich auch nicht entfernt ab, im Gegenteil. Die Übergangsperiode zwischen Kolonialismus und Stabilität in der errungenen Selbstbestimmung wird für Nigeria, wie für die meisten afrikanischen Staaten, noch eine gute Weile dauern. In der Zwischenzeit aber bleiben diese Länder – wie die Ereignisse in Angola gezeigt haben – ein Experimentierfeld zahlreicher sich überschneidender und sich befehlender Einflüsse. Sie sind damit automatisch ein Spannungsherd der internationalen Politik, mehr latent als akut zwar, aber auf lange Frist deshalb nicht minder ungefährlich, da die Entwicklungen, welche Afrika in den nächsten Jahren prägen werden, sich langfristig auch nicht andeutungsweise übersehen lassen.

Alfred Cattani

MEDIENSTREITEREIEN UND KEIN ENDE

«Fernseharbeit heisst in einem institutionellen Konflikt mit der Gesellschaft leben», hat der Informationschef des

Deutscheschweizer Fernsehens, Ueli Götsch, vor zwei Jahren in einem Interview gesagt. Er spielte damit auf einen

grundlegenden Sachverhalt an, der jedem Publizisten geläufig ist. Die Presse – und heute mit ihr zusammen die Massenmedien Radio und Fernsehen – verstand sich in der demokratischen Gesellschaft von jeher als staatspolitisch notwendige «vierte Gewalt», als kritische öffentliche Meinung, die dem Staat und den gesellschaftlichen Körperschaften auf die Finger schaut und nötigenfalls auch auf eben diese Finger haut – soweit dies mit Wort und Schrift eben möglich ist.

Aber diese «vierte Gewalt» steht ihrerseits nicht unter Denkmalschutz. Die Pressefreiheit muss sich täglich bewähren. Die Träger und Verwalter dieser Freiheit schweben nicht unbehelligt über den Wassern, sondern stehen mitten in den Strömungen und Strudeln des politischen Alltags mit seinen Spannungsfeldern. Die Gesellschaft ihrerseits reagiert auf diesen «Pfahl im Fleisch» nicht immer friedlich, besonders dann nicht, wenn mutwillig an ihm gerüttelt wird. Die Publizisten sitzen zwar an langen Hebeln und vermögen vieles zu bewirken. Aber sie sitzen keineswegs immer bequem. Mancher vermeintlich sichere Sessel hat sich schon als Schleudersitz entpuppt – und dies nicht erst in unseren Tagen der oft umstrittenen Massenmedien, sondern seit es diese «vierte Gewalt» als Machtfaktor des Wechselspiels politischer und gesellschaftlicher Kräfte überhaupt gibt.

Nichts also gegen diesen «institutionellen Konflikt». Jede Freiheit hat ihren Preis. Eine völlig risikolose Pressefreiheit kann es nicht geben, wenn ihre Exponenten den selbsterwählten Auftrag der kritisch begleitenden Funktion sinn-gemäss erfüllen wollen. Doch was sich heute vor allem rund um das Fernsehen abspielt, sind nicht mehr nur Begleit-

erscheinungen und Begleitgeräusche dieses «permanenten Konflikts». Niklaus Flüeler vom Zürcher «Tages-Anzeiger» hat dies vor einiger Zeit so formuliert: «Das Malaise, scheint es, ist neben der Konzession, den Hörergebühren und den technischen Einrichtungen eine der Existenzgrundlagen des Schweizer Fernsehens, und man wäre beim Fernsehen wohl sehr überrascht und etwas verlegen, wenn es das Malaise eines Tages plötzlich nicht mehr geben sollte.»

Malaise als «institutionelles Element» des TV-Selbstverständnisses also? Das hat etwas für sich. Jedenfalls deutet einiges darauf hin, die Art und Weise zum Beispiel, wie die SRG- und TV-Gremien jenen «permanenten Konflikt mit der Gesellschaft» zu bewältigen suchen, sobald er in die offene Kontroverse ausmündet: Auf Kritiken wird entweder in vermeintlich überlegener Attitüde gar nicht reagiert – ehrenwerte Kantonsregierungen und «gesellschaftlich relevante» Organisationen dieses Landes haben zum Beispiel in letzter Zeit sachlich und wohlbegründet formulierte Beschwerdebriefe an TV oder SRG geschrieben und sind schlicht ohne Antwort geblieben; oder aber es wird oft und gern in der Pose des ungerecht diffamierten Märtyrers pauschal mit grobem Geschütz «zurückgeschossen» und von «niedriger Emotionalisierung» oder von Feldzügen «der politischen und persönlichen Diskreditierung» (Direktor Padel) gegenüber den Fernsehschaffenden gesprochen.

Nun wird man zugeben müssen, dass nicht nur das Schweizer Fernsehen seinen Tritt noch nicht ganz gefunden und nach wie vor mit Wachstumsschwierigkeiten zu ringen hat, sondern dass auch die Öffentlichkeit noch Mühe im Umgang mit den neuen Informationsmedien

bekundet. Unkenntnis hinsichtlich der Produktionsbedingungen und eine recht dünne Haut gegenüber öffentlicher Kritik führen häufig zu überdimensionierten Reaktionen des Unmuts und Misstrauens. Das ändert aber nichts am Tatbestand des Malaise im Fernsehen selbst. Genauere Abklärungen in Einzelfällen haben zum Beispiel ergeben, dass offenkundige Fehlleistungen bei der Reaktion oder Nicht-Reaktion auf Kritiken von aussen weniger dem bösen Willen oder Hochmut der Programm-schaffenden als vielmehr dem Kompetenzengewirr in den internen Instanzen-zügen zuzuschreiben sind – mit dem Ergebnis, dass nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch der betroffene Mitarbeiterstab langsam, aber sicher «ver-sauert». Und was das besonders ge-wichtige Personalproblem betrifft, so ist es ein offenes Geheimnis, dass von den einzelnen Redaktoren bis hinauf zu den Abteilungschefs ein penetrantes Un-

behagen über die Praxis und organisa-torische Anlage der Personalpolitik besteht, und zwar völlig unabhängig von der öffentlichen Kritik an einzelnen Fernsehjournalisten oder Sendegefä-ßen.

Der Umgang mit der Kritik, die man-gelhafte interne Programmkontrolle und die Personalrekrutierung sind nur drei Beispiele dafür, dass das Fernsehen trotz aller Reorganisationspläne ernst-hafte Probleme hat, die schwierig, aber doch wohl nicht unlösbar sind. Das Ma-laise und der damit verbundene, stärker werdende Ruf nach straffer öffentlicher Kontrolle von problematischer Rigoro-sität werden sich nur dann in Grenzen halten und allmählich abbauen lassen, wenn es den Medienverantwortlichen gelingt, intern und in der Öffentlichkeit mehr Vertrauen für ihre Kapazitäten der Problemlösung und für ihren Führungs-stil zu gewinnen.

Richard Reich

SOZIALISTISCHE DIALEKTIK IM DILEMMA

Es ist für die osteuropäischen Staaten, insbesondere für die Sowjetunion als Gralshüterin der ideologischen Reinheit, nicht immer leicht, Wunsch und Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Auf der einen Seite steht, wenn den offiziellen Verlautbarungen von Moskaus Gnaden gefolgt wird, die von der Sowjetunion inaugurierte *Friedens-politik*, die vor kurzem in Helsinki einen weithin sichtbaren Höhepunkt erlebte. Friedliche Koexistenz heisst die Zauberformel, zu der im Atomzeitalter sowohl in amerikanischer wie in sowjetischer Sicht keine Alternative besteht. Auf der andern Seite aber kann die Sowjetunion

auch der Versuchung nicht widerstehen, die rezessive Wirtschaftslage im Westen täglich, in pausenloser Folge und in den verschiedensten Varianten, als untrüg-liches Zeichen der *kapitalistischen Zer-fallserscheinungen* zu interpretieren. Der Partner, mit dem sich die Sowjetunion in den politischen Naturschutzpark der Détente begeben will, ist in ihrem Urteil wirtschaftlich derart geschwächt, dass er diesen Spaziergang eigentlich kaum mehr sollte antreten können. Hie Stabilität – dort zersetzende Instabilität; hie Ordnung und Vollbeschäftigung – dort chaotische Auflösungserscheinun-gen.

Détente heisst nach der offiziellen Sprachregelung Moskaus nicht nur Konfliktlösung auf dem politischen Felde, sondern auch *Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen*, wobei unter Normalisierung in der Hauptsache zwei Dinge verstanden werden: einmal Aufhebung der Diskriminierung der sowjetischen Exporte nach dem Westen – gedacht wird in erster Linie an die Einräumung der Meistbegünstigung durch die USA – und sodann Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen dergestalt, dass daraus ein möglichst intensiver *Technologie-transfer* nach dem Osten entsteht. Im Soge der politischen Entspannung müssen auch wirtschaftliche Naturaldividenden anfallen.

Wie aber lassen sich intensivierete Beziehungen ausgerechnet mit jenen kapitalistischen Monopolen rechtfertigen, die in der osteuropäischen Propaganda für Arbeitslosigkeit und sinkende Reallohn verantwortlich erklärt werden, die keine andere Zielsetzung haben, als auf dem Rücken der Arbeitnehmer ihre Profite zu erhöhen? Sie betreiben Ausbeutung reinsten Wassers. Um diesen Widerspruch kümmern sich die Pro-

pagandisten und Informationspolitiker des Kremls jedoch nicht. Sie nehmen ihn souverän in Kauf, weil er tatsächlich ja auch nicht zu überbrücken ist – es sei denn, die sowjetischen Ideologen würden sich der Mühe unterziehen, die marxistischen Zusammenbruchstheorien, die sich als Instrument für die Prognose des kapitalistischen Schicksals längst disqualifiziert haben, zu überprüfen.

Davon ist allerdings in der Sowjetunion nichts zu verspüren. Es weht ein eher steifer Wind. Das Reformklima ist in jeder Beziehung unterkühlt. Und dies wird aller Voraussicht nach noch solange der Fall sein, wie Breschnew, der in der Partei das konservative Element verkörpert, das Zepter in Händen hält. Wer in Moskau Umschau hält, stösst sehr rasch immer wieder auf die ideologische Orthodoxie, auf Unbeweglichkeit, auf strikte Linientreue, auf Misstrauen gegenüber allem, was nach Veränderung riechen könnte. Die skizzierte Bruchstelle wird deshalb wohl auch in Zukunft als Symbol des ideologischen Starrkrampfes bestehen bleiben.

Willy Linder

Kommentare

EIN EUROPÄISCHER RÜTLISCHWUR?

Gedanken zur Europäischen Sicherheitskonferenz

Ein seltsamer Zufall will es haben, dass die feierliche Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(KSZE) durch 35 Regierungschefs ausgerechnet am 1. August, also am schweizerischen Nationalfeiertag, stattfand. Eine Art «europäischer Rütli-